

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
3. Posten außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witzschir. 16.)
bei E. H. Meier & Co.
Breitenstraße 14.
in Gießen bei H. Spindler,
in Gießen bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kahl.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

N. 830.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posten 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 15 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 26. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Baule & Co.,
Hanselmann & Vogler,
Kudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Juwelendruck“.

1875.

Amtliches.

Berlin, 25. November. Der Kaiser hat dem Obersten a. D. Behm zu Baden-Baden, bisher kommandirt zur Wahrnehmung der Geschäfte der Inspektion der Festungsbauten in Straßburg, und dem Post-Vize-Registrator a. D. Born zu Charlottenburg, früher zu Bielefeld, den R. Ad. Ord. 3. Kl. mit der Schleife verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs die von dem Direktorium der Kirche ausüb. Konfession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrvikars Emil Liebig in Wittenheim zum Pfarrer in Tiefenbach, Bez. Unter Elßaß, bestätigt.

Der bish. Rektor und kommiss. Kreis-Schulinspektor Carl Friedrich Wilhelm Gärtner in Wonnitz und der bish. Rektor und kommiss. Kreis-Schulinspektor Arthur Klemme in Gießen sind zu Kreis-Schulinspektoren im Reg.-Bez. Bromberg ernannt. Der Rektor Schulte in Kofel als ord. Lehrer an das Schullehrer-Seminar zu Biegenbach berufen, der bisher bei der Ostbahn angestellt gewesene Ing. Eisenbahn-Maschinenmeister Wicher von Bromberg nach Berlin versetzt und demselben die Maschinenmeisterstelle im technischen Eisenbahn-Bureau des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten verliehen worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 25. November. Der deutsche Landwirtschaftsrath hat, da die Beratung der Arbeiterfrage im Plenum noch nicht genügend vorbereitet war, eine ständige Kommission gewählt, welche diese Frage bearbeiten und besprechen soll, um möglichst in seiner nächsten Session dem deutschen Landwirtschaftsrath die erforderlichen Materialien und Anträge zur Beschlussnahme vorzulegen. Die Kommission besteht aus solchen Männern, welche sich schon sonst mit der Arbeiterfrage beschäftigt haben, nämlich: Delemonierath Griespacher-Braunschweig, Vorsitzender, v. Sacken-Tarpschen; Scipia-Mannheim; Professor Richter-Tharand; Papst-Burgall; Poje-Roggow; Direktor Dr. v. Nau-Hohenheim; v. Wedell-Behlingsdorf und v. Dm-Wachendorf.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat sich, der „Trib.“ zufolge, mehreren Reichstagsabgeordneten gegenüber dahin ausgesprochen, daß er sich noch immer in leidendem Zustande befinde und ihm namentlich das Stehen sehr schwer werde. So erzählt er, daß er am Montag während der von ihm gehaltenen eine halbe Stunde währenden Rede in Folge des langen Stehens große Schmerzen ausgedrückt habe und ihm förmlich der Angstschweiß von der Stirn geronnen sei. Fürst Bismarck versichert wiederholt, daß das Unvermögen, längere Zeit auf einer Stelle zu stehen, ihn auch zu seinem Leidwesen verhindert habe, nach Mailand zu gehen.

Der Reichstagsabgeordnete Haffelmann hat am Sonntag Morgen, wie wir aus der „Elberf. Bl.“ erfahren, vor seinen Wählern in Barmen eine einstündige Rede über den deutschen Reichstag gehalten. Er erklärte, die freie Meinungsäußerung sei im Reichstag thatsächlich vernichtet und unterdrückt, die sozialistischen Abgeordneten würde gegenwärtig in einer „geradezu infamen Weise“ von der Majorität das Wort abgeschnitten. Geküßte das noch weiter, so würde sie am Schlusse der Session einen Skandal provozieren und erklären, daß im Reichstage die Meinung des Volkes geküßelt würde, und dann wollten die sozialistischen Abgeordneten ihr Mandat niederlegen.

Das ultramontane „Echo der Gegenwart“ in Aachen ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die durch verschiedene Blätter laufende Notiz, der hochwürdigste Geistliche, welcher an eine hofe Persönlichkeit die taktlose Anfrage gerichtet haben soll, ob bei einem Regierungswechsel nicht ein Kompromiß in dem Kirchenstreite zu erreichen sein werde, sei der hiesige Stiftsherr Graf v. Spee, durchaus falsch und erfunden ist. Der richtige Fragesteller mag über das Zeugnis der „Taktlosigkeit“ aus dem Munde eines Günstigen im Stillen dankend quittieren. Ihn zu ermitteln, hat kein Interesse, denn das einzige Wichtige bei der Sache, wenn diese begründet, war eben die Antwort, die er erhielt.

Vorgestern ist die Strafrechtsnovelle an den Reichstag gelangt und damit sind die sämtlichen Gerichte über Vertagung der Vorlage vollständig entlastet. Dieselbe erscheint als ein sehr umfangreiches Schriftstück, welches jedenfalls einige Tage zum Abdruck erfordert. Der Entwurf ist von eingehenden Motiven begleitet als Erweiterung der dem Bundesrath unterbreiteten Denkschrift über den Entwurf. Die erste Lesung desselben ist also vor acht Tagen kaum zu erwarten.

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung ist neuerdings dahin getroffen worden, daß nach § 3 Nr. 3 des Gesetzes vom 20. Juni d. J. zum kirchlichen Vermögen insbesondere auch die Erträge der in neuerer Zeit unter verschiedenen Benennungen eingeführten, innerhalb der katholischen Kirchen mittelst Kundgebungen, Opfergänge und in anderer Weise abgehaltenen Sammlungen gehören. Demgemäß sollen die Kirchenvorstände darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Erträge nicht nur zur Kirchenkasse abgeführt, sondern auch vollständig, wenn auch eventuell nur als durchlaufende Posten in den Jahresrechnungen über das Kirchenvermögen in Einlage und Ausgabe gestellt werden müssen. Der Grundsatz, wonach bei der Neuveranlagung der römisch-katholischen Geistlichen in der Klassensteuer die auf Grund des Gesetzes vom 22. April c. eingeführten Staatsleistungen außer Ansatz bleiben sollen, wird, nach der „Post“, wie der Finanzminister, nach vorherigem Einvernehmen mit dem Minister der geistlichen u. Angelegenheiten, in einem Spezialfall entschieden hat, bei der Ausführung des Einkommensgesetzes nur in so weit zur Anwendung kommen können, als den Veranlagungsbehörden die Ueberzeugung beizubringen, daß eine Wiederaufnahme

der Leistungen dem betreffenden Empfangsberechtigten gegenüber noch nicht erfolgt ist. In Ermangelung amtlicher Auskunft hierüber, würde es zunächst Sache der in Rede stehenden Geistlichen selbst sein, den Veranlagungsorganen jene Ueberzeugung zu verschaffen. In so weit aber auch von dieser Seite eine bezügliche Mitteilung nicht erfolgt und nicht durch Notorietät des obwaltenden Verhältnisses ersetzt wird, bleibt den Veranlagungsorganen überlassen, bei der Einschätzung von der bereits erfolgten Wiedergewinnung der fraglichen Bezüge auszugehen, da den betreffenden Geistlichen die Herbeiführung einer Verzichtung im Reklamationsverfahren unbenommen ist.

Die Verwendung der durch das Gesetz vom 2. Juli 1873 zum Reestablishment des Heeres bestimmten 106,846,810 Thlr., sowie anderer zu speziellen Zwecken dem Reichskanzler zur Disposition gestellten Theile der französischen Kriegskontribution bildete bekanntlich bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats pro 1876 den Gegenstand eingehender Erörterung und wurde namentlich seitens des Abg. E. Richter das Vorhandensein namhafter Bestände behauptet, über welche noch keine Bestimmung getroffen sei. Nachdem inzwischen dem Reichstage seitens des Reichskanzlers eine Uebersicht von den bis inkl. 1874 verrechneten und 1875 zur Verrechnung gelangenden Ausgaben (k. das Reestablishment d. Heeres zugegangen), liegen nunmehr dem Bundesrathe drei Gesetzentwürfe vor bezüglich der weiteren Verwendung von Beständen aus der französischen Kriegskontribution. Der erste Entwurf will die durch das Gesetz vom 16. Februar d. J. ertheilte Ermächtigung zur Verwendung des Restes des Heeres-Reestablishments-Fonds von 106,846,810 Thlr., wovon am Schlusse dieses Jahres noch 34,774,359 Mark unbenutzt bleiben, auf die Jahre 1876 und 1877 ausdehnen. Ein zweiter Gesetzentwurf betrifft die Ermächtigung des Reichskanzlers, bis zur nächsten ordentlichen Reichstagsitzung Kriegskosten des norddeutschen Bundes aus dem Antheile desselben an der Kriegskontribution nebst den aufgelaufenen Zinsen zu bestreiten, namentlich auch einen Mehrbedarf an Verkleidungs- und Ausrüstungsgegenständen von 4,533,194 M. und 337,500 M. für Sanitätsmaterial. In einem dritten Entwurfe werden gleichfalls aus dem disponiblen Reste der französischen Kriegskontribution verschiedene Nachschüsse gefordert und zwar für den Schießplatz der Artillerie-Prüfungs-Kommission im Betrage von 765,300 M., zur Erweiterung des Generalkasernen-Gebäudes in Berlin 1,575,000 M. zum Neubau von Kasernen in Leipzig und Barmen resp. 700,000 und 500,000 M. Die „Nat.-Bl.“ behält sich das Urtheil über vor, ob und in wie weit im Falle der Annahme der Vorlagen den im Reichstage vielfach getheilten Voraussetzungen, daß noch erhebliche Theile der Kriegskontribution zur anderweitigen Verwendung disponibel bleiben würden, eine thatsächliche Unterlage entgegen ist.

Die Volkszählungs-Revisoren sind angewiesen worden, den Familien, welche sie besuchen, die Versicherung zu geben, daß etwaige Unterlassungen von politischen An- oder Abmeldungen, welche durch die Zählung bekannt werden, in keiner Weise von der Polizei gegen sie benutzt werden oder eine Strafe nach sich ziehen sollen. Es dürfte vielmehr der gegebene Zeitpunkt der gezeigten sein, straflos wieder gut zu machen, was früher versäumt worden. Ohne diese Zusicherung dürfte es übrigens vielfach auch schwer halten, immer die genaue Wahrheit zu erfahren.

Wiesbaden, 22. November. Nach dem „N. N.“ ist der katholische Kaplan Hilpisch dahier, der im Herbst die vielbesprochene Wallfahrt nach Lourdes mitmachte, von dem Provinzial-Sankt-Kollegium in Kassel seines Dienstes als Religionslehrer an den beiden Gymnasien vom 1. Januar 1876 ab entbunden worden.

Saarbrücken, 20. November. Zum Andenken an die Schlacht bei Spichern wird in dem Rathhause unserer Stadt — dessen Neubau in allerhöchster Zeit begonnen wird — auf Anordnung des Kaisers eine Reihe von monumentalen Gemälden anebracht werden, zu denen jetzt die Skizzen hier eingebracht sind. Dieselben sind vom Direktor der königlichen Kunstakademie zu Berlin, Professor A. v. Werner, gezeichnet worden. Sie stellen dar: das Hauptbild (Wintermord des Saales) Einzug des Königs Wilhelm in Saarbrücken am 9. August 1870 — den königlichen Wagen umgeben das juchende Volk, ein Vermunter, der vorbeigeht, hebt die Hand, um seinen Kriegsherrn zu begrüßen, der König dankt leutselig. Die beiden anderen Bilder (Seitenwände des Saales) eine Episode aus der Erklärung der Spicherer Höhen (Tod des Generals v. Frangois) und ein symbolisches Gemälde, die Einigung von Nord- und Süddeutschland da stehend (der Genius Deutschlands) über zwei Krieger in antiker Rüstung und Mänteln in den deutschen und bayerischen Farben die Kaiserkrone. Zu den beiden Seiten des Hauptbildes kommen in Reihen die lebensgroßen Figuren von Kronprinz Friedrich Wilhelm und Prinz Friedrich Karl, rechts und links der symbolischen Darstellung erhalten die Standbilder Bismarck's und Moltke's ihren Platz. Die Fenster werden in reicher Glasmalerei Wappen und sonstige Embleme enthalten prachtvolles Tafelwerk die Zwischenräume an den Wänden und geschmackvolles Barquet den Fußboden decken. Die Decke des Saales zeigt in der Mitte einen mächtigen Reichsadler, in den vier Ecken die Wappen von Preußen, der Rheinlande, von Saarbrücken und St. Johann. Ein unter der Decke hinlaufender Fries erhält die Daten der Hauptschlachten von 1870 bis 1871. Zu der ganzen Ausführung des Saales sind 65,000 Mark ausgemessen und zu Ausführung der al fresco auszuführenden Malereien eine Frist von drei Jahren festgesetzt.

München, 22. November. Der unerwartet eingetretene Tod des Herzogs von Modena ist — so schreibt man der „Nat.-Bl.“ — für die bairische Dynastie nicht ohne direkt eingreifende Bedeutung. Der Anfall des ebenfals Hausvermögens oder wenigstens seines größeren Theiles an den Prinzen Ludwig von Bayern wird jetzt Thatsache. Die Gemahlin des letzteren, Erbprinzessin Maria Theresia, ist die einzige Tochter des am 15. Dezember 1849 verstorbenen Erbprinzen Ferdinand, einzigen Bruders des verstorbenen Herzogs von Modena, die letzte Erbtochter des Hauses Dessecker-Ehe, dessen weibliche Linie allerdings auch in den Schwefelstein und Schwefelsteinen des Herzogs (den Infanten Don Carlos und Don Alfonso) fort dauert. Nach der

Linienfolge muß aber trotz etwaiger Testamente des Herzogs der Grundstock des Vermögens jetzt an die Prinzessin Ludwig fallen, die damit ihren Gemahl zu einem der reichsten Prinzen Europas machen wird. Prinz Ludwig ist bekanntlich der älteste Sohn des Prinzen Leopold und sonach bei der Unvermähltheit des Königs und dem Gesundheitszustande des Prinzen Otto präsumtiver Thronerbe von Bayern seine im Gegensatz zu dem jetzt mit den Thatsachen verfahrenen Vater und dem deutschgefinnten Bruder Prinzen Leopold festgehaltene politisch-kirchliche Richtung ist bekannt und durch mehrere Abstim-mungen in der Reichsrathskammer konstatiert worden. Es ist allerdings eben durch seine Vermählung mit den kirchlich-legitimistischen Interessen in nahe Berührung gelangt. Für einen Mann der politischen Initiative und der leichten Engagierung zu Gunsten einer Sache gilt der vorsichtige und kühl beobachtende Prinz übrigens keineswegs.

Paris, 24. November. In dem Stadttheile Belleville auf dem Boulevard Montmartre fand gestern eine Privatversammlung statt, in welcher Paul Cassagnac sprach. Da die Versammlung fast nur aus Chischurkern der höheren Behörden und Stände zusammengekehrt war, so wurde die Rede viel belächelt. Nach ihm ergriff ein Republikaner das Wort, doch wurde es ihm entzogen, als er sein Erstaunen ausdrückte, daß Belleville, das Arbeiterviertel, plötzlich so fein gekleidete Bewohner erhalten habe. Großer Lärm entstand; die Bonapartisten schrien: Es lebe Napoleon IV.! die Republikaner: Es lebe die Republik! Der Vorsitzende schloß die Sitzung und machte sich nebst Cassagnac durch eine Hintertür davon. Der Boulevard war mit 2-300 Polizei-Agenten besetzt, so daß auf der Straße nichts vorfiel. In Versailles machte die fast sozialistische Rede Cassagnac's großes Aufsehen. Morgen soll in Belleville eine radikale Privatversammlung unter Louis Blanc stattfinden. Buffet schreibt man die Absicht zu, von der gestrigen bonapartistischen Kundgebung den Anlaß zu nehmen, um alle Privatversammlungen, in denen man sich mit Politik beschäftige, zu verbieten.

Rom, 20. November. Das Blatt Sonzogno's die „Capitale“, welches am 21. September, dem Tage nach dem Einzuge der italienischen Truppen, in Rom zu erscheinen angefangen, hat am 17. d. M., am Tage nach dem Schlusse des Prozesses gegen Luciani und Genossen, ihr Erscheinen eingestellt. Es ist bereits gemeldet, daß dieselbe durch den Tod des jungen Sohnes von Sonzogno in die Hände von dessen ehebrecherischer Gattin übergegangen wäre. Die Mitglieder der Redaktion erklärten nun es nicht mit ihrer Würde vereinbar, mit ihr Mitarbeiterschaft fortzuführen, und zogen es vor, mit Cass und Brod zu einer am 23. d. zum ersten Mal das Licht der Welt erblickenden „Gazetta della Capitale“ überzugehen, deren Herausgeber Eduard Sonzogno ist.

Der Prozeß Luciani hat zwei Uebelstände ans Tageslicht gebracht, welche fest durch die Gesetzgebung beseitigt werden sollen. Der erste Uebelstand ist das, erst in der vorigen Session von der Kammer einstimmig angenommene Verbot der Veröffentlichung von Schurkengerichts-Verhandlungen vor Fällung des richterlichen Urtheils, der zweite der Eid auf das Evangelium, welchen bekanntlich 2 Zeugen gänzlich verweigerten und dreizehn nur unter Vorbehalt zu leisten erklärten. Da der Abg. Mancini seinen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Verbots der Veröffentlichung von noch schwebenden Schurkengerichtsverhandlungen in der gestrigen Kammer Sitzung zu begründen verhindert war, erhielt der Abgeordnete Macchi zur Einbringung des seinigen, bezüglich der Weglassung der religiösen Formel im Schwur das Wort. Nachdem derselbe auf die verschiedenen Rechtsanschauungen der Appellationshöfe in Sachen der Eidesleistung hingewiesen hat, bekennt er sich zu der Ansicht, daß kein Gesetzgeber einen Bürger nöthigen sollte zu thun, was ihm sein Gewissen zu thun verbiete, die religiöse Formel des Eides für Zeugen und Sachverständige abgelehnt werden. Man lasse den Eid bestehen, weil es nöthig sei, nur einen Schritt auf einmal zu thun; aber man beseitige die Verpflichtung, die Hand auf das Evangelium zu legen und vor dem Tribunale ein Glaubensbekenntnis abzulegen. Der Eid sei sich selbst und eine und dieselbe Formel müsse ebenso in den Gerichtshöfen für alle Meinungen genügen, wie sie im Parlament genüge. Aus diesem Grunde bitte er die Kammer, seinen Gesetzentwurf in Erwägung zu ziehen. Der Justizminister Biglanti erklärte, der Gesetzentwurf verdiene Lob, weil er sich in bescheidenen Grenzen halte. Nach Art. 299 der penitentiellen Gerichtsordnung sei kein Schwur nöthig, die Hand auf das Evangelium zu legen, wenn der Schwörende katholisch, auf die Bibel (das alte Testament), wenn er Jude ist. Was Macchi verlange, stimme mit anderen Bestimmungen der italienischen Gesetze und den Gesetzgebungen anderer Staaten überein. Auch Italien könne ohne Gefahr die religiösen Formeln im Schwur weglassen. Es sei jedoch nöthig, den Eid auch im Zivilprozeß zu verneinlichen (secolarizzare), wenn man wünsche, daß die Reform vollständig sei. Der Minister befürwortet, den Gesetzentwurf in Erwägung zu ziehen, worauf die Kammer demgemäß beschloß.

Rom, 20. November. Die „Voce della Verita“ theilt die Ansprache mit, in welcher Papst Pius am 14. d. M. eine Deputation von Pilgern aus der Vendée und Provence begrüßt und gesegnet hat. Wir heben nachfolgende bezeichnende Stellen daraus hervor:

„Täglich mehrten sich, zumal in Frankreich, die Zeugnisse des Glaubens, die Werke der Mildeithätigkeit; die Priester stehen am Fuß der Altäre, Kirchen und Heiligtümer hollen wieder von dem Stimm der Pilger, welche ihre Hände und Herzen lebend in Gott erheben, um Seine Gnade zu erhalten, deren wir in so stürmischer Zeit so sehr bedürfen; aber die Noth liegt noch schwerer auf der Kirche, und ihre Feinde fahren hartnäckig fort, sie zu verfolgen, zu bedrängen und zu ängstigen. Die lange Dauer jener harten Probe, der die Kirche unterworfen ist, scheint mancherorts in der katholischen Welt Entmutigung und Verzweiflung bewirkt zu haben; als ob man fürchtete, daß die Kirche in ihrer Bedrängnis die Macht ihrer Leiden nicht länger ertragen könnte, möchte man die Stirn unter die ungerathenen Forderungen unserer Verfolger beugen. Nicht so Ihr, die Ihr fest und standhaft der Welt zeigt, daß Ihr weber das Vertrauen auf Gott, noch die Hoffnung verloren habt, eines Tages dem Sturm die Ruhe folgen zu sehen.“

Um die Wankelmüthigen im Glauben zu stärken, erinnert der Redner an das Beispiel der Stadt Jericho, „als sie das Maaß ihrer

Stunde erfüllt hatte, und an das Strafgericht Josua's. Dann fährt er fort:

„Geliebte Söhne, theuerste Brüder, die Ihr in Rom seid, gestattet, daß Euer Vater Euch die auf seinem Herzen lauernde Klammer nicht schuldere. Gedenkt, daß schon beinahe 19 Jahrhunderte verfloßen sind, seitdem der heilige Petrus, der Erste unter den Aposteln, seinen Fuß in diese Stadt setzte. Gedenkt, wie er, nach den Worten St. Paul's, in jene Wildnis eintrat, wo er das Brüllen des Stieres und des Löwen, das Rauschen der Schlangen vernahm: Sylva frementium bestiarum. Die Herrscherin über so viele Völker, Rom, hatte ihren eigenen die Kaiser unterworfenen Völker hinzugefügt. Trotzdem legte der Apostel unter Gottes Beistand im Zentrum des Heidenthums den Grund zur Religion Jesu Christi, er pflanzte das Kreuz auf und begoß es mit dem eigenen Blut. Drei Jahrhunderte der Martern und Millionen der Märtyrer waren nötig, um an Stelle der Pizengötzen das Kreuz aufzurichten. Da kam der Fluch auch über das heidnische Rom und es wurde zerstört. Was von jenem Rom noch geblieben, sind Trümmer, welche nur der Gelehrsamkeit des Archäologen und der Neugier des Wanderers zugänglich sind. Und was möchte man jetzt? Man möchte das geliebte christliche Rom wieder auf das Rom der geistlichen Herrschaft zurückführen, auf das heidnische Rom reduzieren; und wenn nicht auf das heidnische so doch gewiß auf das ungläubige. Man möchte die Religion durch die Vernunft ersetzen. Man möchte das Werk des Apostels St. Petrus und der zahllosen Menge von Märtyrern von Grund aus vernichten. Und warum auch nicht? So viel und so groß sind die Profanationen, die ich täglich mit meinen Augen in dieser heiligen Stadt, der Hauptstadt der katholischen Welt, erblicke, so viel und so groß die Spolien, so viel und so groß die Verwüstungen und das Verbrechen, die Jugend zu korrumpiren, daß hinfort die Absicht ganz unzweifelhaft klar gestellt ist, daß man in Wahrheit den Katholizismus in seinem Mittelpunkt zerstören will. Und so groß ist wiederum die Henscheit, welche jene niemals unterbrochene Verfolgung beileitet, daß man den fernstehenden Glauben machen möchte, in Rom sei Alles Ordnung Ruhe und Frieden. Und während diese feige Hand nach allem sich anstrengt, was dem Herrn und Seinem unwürdigen Stellvertreter am heiligsten und liebsten ist, und alle katholischen Institutionen bedroht, möchte man glauben machen, daß in Rom Alles seinen rechten Gang geht, und brüsten sich mit seiner Mäßigkeit, die darin besteht, daß man die italienische Revolution das Knie vor dem mächtigsten Verfolger der Kirche beugen sieht, so daß auch dieser Akt klar erkennen läßt, daß das Ziel, dem beide Verfolger zustreben, ganz und gar identisch ist, wie verschieden auch hin und wieder die Mittel sein mögen. Ach! Alle, welche das christliche Rom zu vernichten trachten, um es mit dem Dunkel des Unglaubens zu bedecken, indem sie Babylon wieder aufbauen und alles Heilige vernichten, wissen, daß sie Gott reizen, über sie auf Neue jene Flüche und Verwünschungen kommen zu lassen, die Josua's Mund vor langen Jahrhunderten aussprach.“

Schließlich richtet der Redner an die Anwesenden die Aufforderung, mit ihm zu heilen, daß der Allmächtige ihnen die nötige Kraft schenke, „um die Angriffe des Neides, der Verleumdung und aller Machinationen unserer Feinde zu überwinden“, damit das christliche Rom seine geistliche Herrschaft immer weiter ausdehne.

Athen, 13. Nov. Ueber das Verhör und die Verhaftung der beiden Erminister Balassopoulos und Nikolopoulos wird der „Vol. Kor.“ Folgendes von hier berichtet:

Das Bekanntwerden der Nachricht, daß die parlamentarische Justizkommission im Laufe des gestrigen Tages zum Verhör der beiden des Verbrechens der Simonie angeklagten ehemaligen Minister Nikolopoulos und Balassopoulos schreiten wolle, veranlaßte in dem Hofe des Parlaments-Gebäudes das Zusammenströmen einer großen Menschenmenge, die die beiden Angeklagten mit Schimpfungen empfing. Die beiden Mitglieder der Justiz-Kommission Dimitriadis und Marcoras saßen, und zwar ersterer dem ehemaligen Kultusminister Balassopoulos, letzterer dem ehemaligen Justizminister Nikolopoulos die Anklageakte vor, deren schwere Beschuldigungen auf die beiden Angeklagten einen konternierenden Eindruck machten. Balassopoulos bestritt vorerst, allerdings erfolglos, die Kompetenz der Kommission — eröffnete seine Verteidigung mit einem Curriculum seiner bisher unbescholtenen politischen Laufbahn und schloß mit der Anforderung, daß seine Feinde ihn durch Lüge und Verleumdung zu verderben streben. Sein Verteidigungs-System war überhaupt die Verleumdung aller in der Anklageakte gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen. Nikolopoulos benahm sich im Ganzen niedriger als sein Mitangeklagter, Balassopoulos. Nicht nur, daß er die Kompetenz der Kommission nicht bestritt, erklärte er im Gegentheil seine hohe Verteidigung darüber, daß ihm Gelegenheiten geboten werde, auf die von seinen Feinden schon seit langer Zeit gegen ihn vorgebrachten leeren und unsinnigen Anklagen vor Richtern antworten zu können. Auch er giebt eine Geschichte seines Lebens und seiner dem Lande geleisteten Dienste. Während seiner langen Laufbahn habe er das Unheil gehabt, sich viele Feinde zu schaffen, die selbst vor der Verleumdung nicht zurück weichen, um ihn in der öffentlichen Meinung des Landes zu Grunde zu richten. Im Uebriken leugnet auch er alle wider ihn vorgebrachten Thatsachen. Schon während des Verhörs sah man in der Nähe und in den Couloirs des Parlaments-Gebäudes zahlreiche Polizei-Agenten und ließ die Anwesenheit des in Parade-Uniform erschienenen Polizei-Direktors den Beginn des sich nun abspielenden Dramas vermuthen. Nach dem mehrstündigen und erst mit der hereinabgebrochenen Nacht beendigten Verhör hielt die Kommission in einem abgesonderten Saale eine kurze Verathung, deren Resultat die Bekanntgebung des Verhaftungsbeschlusses an die beiden Angeklagten und deren Anlieferung an den Polizei-Direktor war. Das von den Angeklagten gestellte Verlangen, vor ihrer Abführung noch mit ihren Familien vertheilen zu dürfen, lehnte der Präsident der Kommission, Coliabo, mit dem Hinweis auf deren bereits erfolgte Uebergabe an den Polizeidirektor ab, welcher nunmehr allein über sie zu verfügen habe. Es war schon nahezu 10 Uhr Abends, als der Polizeidirektor Sagbiro die beiden Erminister in der höchsten Weise aufforderte, in den zu ihrer Disposition gestellten Wagen zu steigen, auf dessen Rücksitze bewaffnete Polizisten bereits Platz genommen hatten. Balassopoulos stieg ohne Umstände ein; Nikolopoulos jedoch hat, die Straße zu Fuß zurücklegen zu dürfen, was ihm aber vom Polizeidirektor, der wahrscheinlich Exzesse seitens der Volksmenge fürchtete, nicht gestattet wurde. — Was hauptsächlich die Verhaftung der beiden Erminister herbeigeführt hat, und was als der schwerste Anklagepunkt gilt, ist der Umstand, daß sie sich nicht bloß auf die Annahme von Geschenken beschränkten, um die Ernennung ihrer Kandidaten beim Könige zu beantragen, sondern daß sie von den auf diese Weise ernannten geistlichen Funktionären durch die Drohung der Rückgängigmachung ihrer Ernennung weitere Geldopfer erprekten.

Parlamentarische Nachrichten.

3) Der Dienstausschuss der Budgetkommission des Reichstages wurden, wie man der „Germania“ mittheilt, die Vertreter der Regierung in nachstehender Weise interpellirt:

„Die Unterzeichneten stellen an die Vertreter der Reichsregierung nachfolgende Fragen, mit dem Antrage auf schriftliche, an alle Mitglieder der Budgetkommission zu vertheilende Beantwortung: A. 1) Welche Beträge sind für den Reichs-Invalidenfonds in und aus dem Reichs-Staats-, in Kommunalpapieren und in vom Staate garantierten Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen und zu welchem Kurse gekauft worden? 2) Wie hoch stehen diese Effekten dato? 3) Was ist demnach dato an diesen Effekten gewonnen oder verloren? B. 1) Welche Beträge sind an nicht vom Staate garantierten Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen angekauft: a. für den Reichs-Invalidenfonds? b. für den Reichs-Eisenbahn-Fonds? c. für den Reichstagsgebäude-Fonds? 2) An welchem Datum, auf dessen Anordnung, von welchen, befristet durch welche Bankhäuser, zu welchem Kurse sind die Effekten ad B. 1 a. b. c. angekauft, respective Anleihen von denselben übernommen?“

3) Welchen Kurs haben dato diese Effekten ad B. 1. a. b. c.? 4) Was ist demnach dato an diesen Effekten gewonnen oder verloren? 5) Welche Kurse haben die betreffenden Bahnen, deren Prioritäts-Obligationen ad B. 1. a. b. c. erworben sind, bezüglich welche Sicherstellung haben die betreffenden erworbenen Serien dieser Obligationen? Waren die betreffenden Bahnen dato des Ankaufs deren Prioritäts-Obligationen bereits fertig gebaut im Betriebe, respective ist deren Fertig- und Inbetriebstellung durch die noch vorhandenen Fonds sichergestellt? Hat die Verwaltung Garantien und welche dafür, daß die gegebenen Eisenbahnanleihen im vollen Betrage der gewährten Bausumme zur Herstellung der verpfaändeten Objekte verwendet sind, respective noch verwendet werden? 6) Welchen Reinertrag pro Kilometer haben pro 1874 und pro erstes Halbjahr 1875 die Bahnen gehabt, deren nicht vom Staate garantierte Prioritäts-Obligationen in den Reichs-Invaliden-, Reichs-Eisenbahn-, Bau- und Reichstagsgebäude-Fonds sich befinden und welchen Reinertrag hatten in den gleichen Zeiträumen diejenigen Strecken der betreffenden Bahnen, auf welche die bezüglichen Serien der Prioritäts-Obligationen mit ihrem Zinsfuß (spez. und primo loco angewiesen sind)? 7) Ist die Verminderung des Bestandes des Reichs-Invalidenfonds an nicht vom Staate garantierten Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen um 34588,800 Mark durch Veräußerung — zum Erwerbspreise, bezüglich zu welchem Kurse — oder durch Uebertragung an andere Fonds bemittelt? Berlin, den 23. November 1875. Freiherr von Schorlemer-Alst, Freiherr von Frankenstein, Graf Ballestrem, Jürg, von Aderleben, von Biegeleben.

Die Vertreter der Regierung sagten die Beantwortung der Fragen, soweit es thunlich sei, zu, und die Budgetkommission beschloß darauf, „die Beschlußfassung über die einzelnen Paragraphen und das Ganze der Vorlage, betreffend die Veränderung des Invalidenfonds-Gesetzes auszufassen, bis die Beantwortung der von Freiherrn von Schorlemer-Alst und Genossen gestellten Fragen erfolgt ist.“

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 25. November.

II. Präsident Graf Otto zu Stolberg-Bernigerode eröffnete die Sitzung um 1½ Uhr, der am Regimentsstich der Präsident des evangelischen Oberkirchenrath Dr. Hermann, Geh. Rath Dr. Förster u. A. beizutreten. Nachdem Synodal-Präsident Pastor Dr. Riedel aus Coblenz das Eingangsgebet gehalten, macht der Präsident zunächst Mittheilung von dem Resultat der Schriftführerwahl. Es sind gewählt: Pastor Dr. Krummacker, Pastor Euen, Schulrath Sommerbrod und Bürgermeister Böttcher, welche sämtlich die Wahl annahmen. Der Oberkirchenrath zeigt in einem Schreiben an, daß Ober-Konfistorial Dr. Herms und Gen.-Superintendent Brückner, beide aus Berlin, zu Kommissarien desselben ernannt worden seien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beschlußfassung über die Legitimationsprüfung der Synodalmitglieder. — Auf den Vorschlag des Herrn v. Kleist-Regow wird ohne Debatte beschlossen, die beiden Präsidenten und die Schriftführer mit der Prüfung der Legitimation zu beauftragen. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Antrag der Herren v. Horn, Schrader und Gen. auf Erlass einer Dankadresse an den König für die Berufung der General-Synode. — Nach Ueberkunft mit dem Präsesium rufen die Antragsteller ihren Antrag zurück und beschließen das Haus, die beiden Präsidenten und die Schriftführer zu beauftragen, eine Aubing bei dem Kaiser und König nachzusuchen, um die Gefühle der Dankbarkeit, der Treue und Ehrerbietung der hier versammelten General-Synode auszusprechen.

Es folgt als dritter Gegenstand der Tages-Ordnung der Vorschlag über die geistliche Behandlung des Entwurfs der General-Synodal-Ordnung. Hierzu liegt ein von 27 Mitgliedern der Versammlung unterzeichneter Antrag vor, dahin gehend zur Ergänzung der Geschäftsordnung zu beschließen: Der Entwurf der General-Synodal-Ordnung wird zweimal im Plenum verlesen; die erste Plenarberatung beginnt nach der Wahl des Vorstandes der Synode; der Kommission zur Vorbereitung der Spezialberatung werden im Laufe der Plenarberatung diejenigen Abschnitte, Paragraphen oder Artikel des Entwurfs überwiesen, welche nach Beschluß der Synode einer weiteren Vorbereitung bedürfen; die Wahl der Kommission findet statt nach Abschluß der ersten einleitenden allgemeinen Beratung. Nach dem Schluß der ersten Plenarberatung erfolgt die zweite und letzte Plenarberatung auf Grund der gedruckten Zusammenstellung der gefassten Beschlüsse. Abänderungsanträge können zu jeder Zeit bis zum Schluß der Plenarberatung gestellt werden. Wird ein Abschnitt, Paragraph oder Artikel des Entwurfs einer Kommission zur Vorbereitung überwiesen, so hat dieselbe auch die dazu gestellten Abänderungsanträge in Verathung zu ziehen.

Es erhebt sich über diesen Antrag eine sehr lange Diskussion, welche sich lediglich um die Frage dreht, ob eine besondere Kommission zu wählen, welcher der Entwurf zur Vorberatung zu überweisen ist oder ob die in dem Antrage gemachten Vorschläge zu akzeptiren sind. Für eine Kommissionsberatung sprechen die Abg. Graf Wittberg, Appellationsgerichtsdirektor Hering, Dr. Dörner, davon ausgehend, daß in einer Kommission sich die bestehenden Differenzen leichter ausgleichen lassen. Der Antragsteller, Konfistorialpräsident Dr. Hegel, v. Dieß, Daber, v. Kleist-Regow und Dr. Tschow empfehlen dagegen die Annahme des Antrages, der den Zweck verfolgt, das vorliegende Werk so schnell wie möglich fertig zu schaffen, während durch die Kommissionsberatung viel Zeit verloren gehe. — Der Präsident Dr. Hermann hält die gemachten Vorschläge für nicht zweckmäßig und glaubt auch, daß dem Oberkirchenrath die Bestimmung über die Geschäftsordnung allein zustehe, er will jedoch, falls die Versammlung dem Antrage gemäß beschließen sollte, diesem sein Veto nicht entgehen lassen. (Bravo!) — Nachdem noch Herr Regierungsrath v. Rehter für den Antrag gesprochen, wird die Diskussion geschlossen und derselbe mit 100 gegen 80 Stimmen angenommen. Dr. Präses Hermann erklärt hierauf, indem er die Verantwortung dafür übernimmt, daß der Oberkirchenrath dem Antrage zustimmt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. L. D.: Verathung der Synodal-Ordnung. Schluß 3 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 26. November.

— Die landespolizeiliche Befestigung der Bahn Bosen-Kreuzburg hat etwa drei Tage in Anspruch genommen und ist gestern beendet worden. Wie wir hören, ist die Bahn betriebsfähig gefunden worden und wird in den ersten Tagen des Dezember eröffnet werden.

— Für die öffentliche Armenpflege wurden seitens der Stadt Bosen i. J. 1874 152,839 M. verausgabt, gegen 152,496 M. i. J. 1873, also 343 M. mehr. Der Kämmererzinsfuß betrug i. J. 1874 111,083 M. gegen 112,896 M. pro 1873. d. h. also 1813 Mark weniger. Im Etat waren an Zuschuß pro 1874 138,030 Mark ausgesetzt, so daß somit gegen den Etat 27,947 M. erspart worden sind. An laufenden Unterstüzungen wurden davon an 817 Armenempfänger 40,453 M. verausgabt; i. J. 1875 ist die Anzahl der Armenempfänger auf 848 gestiegen. An Kosten für die öffentliche Armenpflege entstanden i. J. 1874 3632 M., während im Etat 6600 M. ausgesetzt waren. Die Ausgabe für das städtische Krankenhaus betrug 54,865 M., wovon 35,842 M. an Zuschuß aus der Kämmererkasse. Für das Hospital betrug die Gesamtausgabe 13,250 M. Der Bestand an Kranken im städtischen Krankenhaus und in der Irren-Verwahranstalt betrug Ende Dezember 1873: 72. Es traten i. J. 1874

Lingu 1413, entlassen wurden 1357, gestorben sind 153, so daß somit am 31. Dezh. 1874 ein Bestand von 155 Kranken verblieb; die höchste Frequenz betrug an einem Tage: 207, die niedrigste 111 Kranke. — Die Zahl der Abonnenten auf freie Kur und Verpflegung erkrankter Dienstboten und Lehrlinge ist von 1099 versicherten Personen i. J. 1873 auf 896 i. J. 1874 herabgegangen; bis Ende August 1875 waren 850 Personen dem Abonnement beigetreten. Die Anzahl der Hospitaliten betrug Ende 1873: 62, der Zugang i. J. 1874: 18, der Abgang durch Entlassungen und Tod: 23; Bestand am 31. Dezember 1874 mithin: 57. — Zur Unterbringung der Obdachlosen, deren bisheriges Asyl (Ende der Mittelstraße) seitens der Regierung und der Polizeidirektion beanstandet worden war, ist vorläufig auf ein Jahr ein Hausgrundstück auf dem Schloßberge gemietet und zweckentsprechend hergerichtet worden. Verathungen darüber, wie die unverschuldet obdachlos Gewordenen von den Bagabonden z. getrennt behandelt werden können, sowie über eventuelle Einrichtung einer Beschäftigungsanstalt sollen noch gepflogen werden. — Die Zahl der verlassenen Kinder, welche vorübergehend in städtische Pflege zu nehmen waren, belief sich Anfang 1874 auf 63, Anfang 1875 auf 68. In der Philippinen-Anstalt befanden sich Anfang 1875 6 Mädchen, im Waisenhaus waren durchschnittlich 18 Knaben und in der Jacobinen-Stiftung 30 Mädchen untergebracht; 8 Waisen befanden sich außerhalb Bosens. Im Oktober v. J. waren 63 Kinder in Pflege, gegenwärtig sind 56 Kinder in 51 Familien untergebracht; 8 Waisenpfleger und 10 Waisenverpflegerinnen führen die bisher die Aufsicht über dieselben. Die gesammte Waisenpflege kostete i. J. 1874: 21,980 M., wovon an Kämmererzinsfuß 21,276 M. — An Geschenken für Armenpflege gingen ein: von Frau Kommissionsrath Wallner in Berlin 90 M., vom Sanitäts-Rath Dr. Junker in Bromberg 105 M., ferner ein Betrag des Kaufmanns W. Rosenfeld von 600 M. zur Vertheilung an verarmte Arme ohne Unterschied des Bekenntnisses, im Ganzen 893 M. — Zur Vertheilung der zum Theil recht erheblichen Resten sind bei den Deputationen für das Heimathswesen und den Verwaltungsgerichten 89 Prozesse anhängig gemacht worden, wovon 52 zu Gunsten des Ortsarmenverbandes Bosen entschieden wurden, während bei 8 derselben Abweisung erfolgte und 29 noch schweben. In zweifelhafte Fällen ist von anderen Ortsarmenverbänden 3 Mal geklagt, 2 Mal ist die hiesige Kommune verurtheilt, ein Prozeß schwebt noch. Zum Zweck der Vertheilung der Kur- und insbesondere Medizinischen sind bei Kreisgerichten 76 Prozesse anhängig, wovon 54 zu Gunsten der Kommune, 2 zum Nachtheil entschieden sind und 20 noch schweben.

Δ **Neustadt b. P.**, 21. November. [Fahrmarkt.] Der gestern hier abgehaltene Fahrmarkt war des schlechten Wetters wegen wenig besucht. Auf dem Krammarkt hörte man von Seiten der erkrankten Käufer Klagen über schlechte Einnahmen, welche kaum die Reisekosten deckten, auf dem Pferde- und Viehmarkt war es noch trauriger. Käufer waren nur wenige, desto mehr Verkäufer erschienen, Pferde unserer Bauern wurden — meist von mehreren Abkäuern — zum Preise von 7½ bis 12 Mk. aufkauft. Nach Rügen, welche zahlreich a-facturiert waren, wurde fast gar nicht gefragt. Jungvieh wurde zwar, besonders von Händlern und Fleischern, mehr gekauft, erzielte aber auch nur wahre Spottpreise. Aber trotz der billigen Viehpreise ist das Fleisch nicht billiger, als früher, ein Pfund Rindfleisch kostet immer noch 40 Pfennige.

q. **Samter.** Am 23. d. M. fand hier der letzte diesjährige Fahrmarkt statt. Auf dem Viehmarkt waren ca. 150 Stück Rindvieh und 60 Pferde gebracht worden. Es fand jedoch hier, sowie auch auf dem Krammarkt nicht der geringste Umsatz statt, da Käufer von Auswärts des schlechten Wetters und Weges wegen nicht erschienen waren.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein sehr alter Prozeß, der seit dem Tode des 16. Jahrhunderts schwebt, kam unter dem hiesigen Bezirksgericht Bosen zu vorläufigem Ende. Der „Abg.“ berichtet darüber: Im Jahre 1405 hatte der Herr Wilhelm von Thübingen dem Burgmann Burginn das Schloß Burginn mit allen seinen Ein- und Zugehörungen abgekauft. Er kam folgergehalt unter Andem in den Besitz des Dorfes Burginn, sowie der in dessen Gemarkung gelegenen Waldungen, welche dormalen auf ca. 8000 bairische Tagewerke geschätzt wurden. 1438 trugen Balibalar und Siegmund v. Thübingen das Kaufobjekt dem Markgrafen zu Ansbach als Lehn auf. 1590 klagten die burginn'schen Bauern gegen die Herren v. Thübingen beim Landhof zu Ansbach wegen übermächtiger Frohndienst; dabei ließ die Verwaltung unter, die Gemeinde Burginn habe in den Waldungen ihrer Gemarkung ebensoviele Recht wie die Junker v. Thübingen. Der Reichshof des Lehnhofes lautete, daß die Burginn'schen alle Dienste wie von Altersher zu leisten hätten, hinsichtlich der von ihnen besessenen Gerechtigkeiten an den Waldungen aber zur geforderten Beschaffung verwiesen würden, während die Herren v. Thübingen in ihrem bisherigen Besitz zu schätzen seien. Man wandte sich (1495) die Gemeinde Burginn, welche sogar behauptete, freies Reichsrecht zu sein, mit der vorbehaltene, gesonderten Klage an das Reichskammergericht (damals noch in Speyer, später bekanntlich zu Weimar) und erwirkte sehr schnell, nämlich noch in demselben Jahre, und ohne weitere Unterzuchung ein vorläufiges (bedingtes) Mandat an die von Thübingen, die Bauern nicht weiter in ihrer Gemarkung zu molestiren (Mandatum de restituendo et non amplius turbando). Hiergegen konnte natürlich weiter protestirt werden. Allein die Herren v. Thübingen, stolz und im Bewußtsein ihres Besitzes nicht minder wie ihres Rechtes, die Transzende des reichskammergerichtlichen Mandates verneinend, erwarteten ruhig, was weiter kommen würde. Dem Reichskammergericht blieb nun nichts Anderes übrig, als die Gemeinde Burginn auf ihr Anrufen in den Besitz der fraglichen Waldungen einzusetzen und den bisherigen Besitzern, vorbehaltend, ihre etwaigen (leibbaren) Eigentumsrechte zu erwerben, wofür eine Frist gesetzt wurde. Als aber auch dies mit der bisherigen Insolenz unterlassen war, wurde den Herren von Thübingen durch Sentenz vom 4. Mai 1623 ewiges Stillschweigen wegen ihrer Rechte an den Waldungen auferlegt. Jetzt suchen diese, ihren Besitz fortwährend festhaltend, durch theilweises Nachgeben einen Vergleich mit den Bauern, der jedoch schließliche mißlang. Auf neues Anrufen wurde 1626 wegen Reintens die Acht und Oberacht nicht bloß erkannt, sondern auch 1630 verhängt durch Kurie Mainz, befohlen, daß die Bauern sogar zu ihrer Schloßhaltung in die sämtlichen Güter der Herren v. Thübingen immitirt wurden. So lag die Sache, als die Linie der Gedächten ausstarb; auf ihre Seitenverwandten und Mitbesitzer konnte sich die Sache nicht beziehen. Sie und namentlich der kaiserliche Feldmarschall Hans Karl von Thübingen reklamirten daher bei dem Reichskammergericht die den Burginn'schen übermiesenen Güter und erwirkten in der That 1692 gegen sie das Mandat, Alles einschließlich des Dorfes Burginn und der beregten Waldungen zu restituiren. Die Burginn'schen behaupteten zwar, daß die Herren von Thübingen ihre vorgebildenen Rechte an dem Dorfe Burginn und den Waldungen ja nicht erst 1626 durch die Acht, sondern schon vorher durch die Sentenz von 1622 verloren hätten; allein das Reichskammergericht bestätigte 1697 sein Mandat von 1692 und verurtheilte 1698 Exekution, welche erst dem Kurfürsten von Mainz, dann dem Fürstbischof von Konstanz und dem Herzog Eberhard von Württemberg aufgetragen wurde. So kamen die Herren von Thübingen 1699 ziemlich wieder zu allen ihren verlorenen Besitzungen. Aber die burginn'schen Bauern bezweifelten sich nicht. Sie reichten 1715 ein Requisitionsgesuch ein, in dem sie auch behaupteten, das Dorf Burginn mit seiner Gemarkung und dem darin gelegenen Walde sei weder 1405 erkauft noch 1438 zu Lehn aufgetragen worden; es sei nur irrig für eine Zubehörung des Kauf und Lehnobjekts gehalten worden. Und in der That wurden nun (1755) vom Reichskammergericht die Burginn'schen restituirt und verurtheilt in den früheren Stand wieder einzusetzen, daß sie zwar nicht die leibliche in Folge der Acht ihnen zugewiesenen Lehn Güter, wohl aber den Besitz der Waldungen z. zurück erhielten, in welchen sie durch frühere Mandate gesetzt seien. Diesen, an die Burginn'schen zu restituirenden Besitz könnten die Herren von Thübingen jedoch dadurch zurücklangen, daß sie auch für ihn die streitige Lehnqualität (in petitorio) nachwiesen. Diese Sentenz wurde zwar sowohl

Thüngen'scher Seite als auch von dem Markgrafen zu Ansbach als Lehnsherrn angefochten, allein das Reichskammergericht blieb 1757 bei seiner Auffassung von 1755. Durch verschiedene Bindungen und Verbindungen kam es jedoch nicht zur wirklichen Uebertragung des Besitzes der freitigen Wäldungen an die Burggräfin und der Projekt schien eingelöst zu sein, als plötzlich 1823 die Gemeinde Burggräfin die Sache bei dem Kreis- und Stadtgericht Würzburg wieder aufgriff, welche 1841 auf Grund der rechtskräftig gewordenen Kammergerichts-Sentenz von 1755 die Freisherren von Thüngen zur Herausgabe des Besitzes der Wäldungen, sowie zum Entschädigen der in demselben gezogenen Nutzungen verurtheilte. Nachdem auch dieses Urtheil durch obersterichterliche Bestätigung rechtskräftig geworden war, forderten die Burggräfin bei dem Kreisgericht Lohr als Erlös für die gezogenen Nutzungen und den verursachten Schaden 751,758 Gulden 20% Kreuzer. Dieser Liquidationsprozess scheint jetzt in erster Instanz beendigt zu sein, kann aber vielleicht noch an die obersten Instanzen gebracht werden. Jedenfalls aber wird danach erst der Hauptprozess (das vorbehaltene Petitorium) wegen des Eigentums an den bergeigen Wäldungen beginnen und möglichst, ja wahrcheinlich Weise haben dann die burggräflichen Bauern Alles wieder mit Zinsen und Kosten herauszugeben.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

r. Feuer und Licht, ein Büchlein fürs Volk, von Ludwig Jung, Vorstand der münchener Feuerwehr und des bairischen Feuerwehr-Verbandes. München 1875. Schon der Umstand, daß dieses Büchlein bereits die vierte Auflage erlebt hat, ist ein unzweifelhafter Beweis für die Nothwendigkeit einer derartigen, populär geschriebenen Belehrung über diejenige Mangel, welche man zu treffen hat, um sich gegen die, das Leben und das Eigentum gefährdenden Wirkungen von Feuerbrünsten zu sichern. Der Verfasser führt zunächst aus, welche Vorkehrungsregeln im Allgemeinen man zu treffen habe, um das Entstehen von Bränden möglichst zu verhüten, und geht sodann zu den Verhaltensregeln über, die bei bereits ausgebrochenen Bränden zu beobachten sind. Dieser Theil des Schriftchens ist vor Allem lesenswerth, da ein Jeder einmal in die Lage kommen kann, sein und der Seinigen Leben durch eine Feuerbrunst bedroht zu sehen. Zum Schluß richtet der Verfasser an die Landgemeinden die Mahnung, durch Errichtung von freiwilligen Feuerwehren den verheerenden Wirkungen von Feuerbrünsten vorzubeugen, und giebt Belehrungen wie dabei vorzugehen sei.

* Roman von Alphonse Daudet. Das Uebersehungsbuch des von der französischen Academie einstimmig mit dem Preis de l'Academie gekrönten Romans: „Fromont jeune et Risler aine“ von Alphonse Daudet, welcher in Paris in wenig Wochen bereits die siebente Auflage erlebt und auch von der deutschen Presse als Epoche machend begrüßt wurde, ist durch die Verlagsbuchhandlung von Eugen Grosz in Berlin für ganz Deutschland und Oesterreich erworben worden. Die deutsche Ausg., abgesehen von einem renommierten Uebersetzer anvertraut ist, wird in wenig Wochen erscheinen und sicherlich denselben Beifall finden, wie das Original.

Staats- und Volkswirtschaft.

DRC. Berlin, 25. November. Der in dem Stroussberg'schen Konkurs von der Gläubigerschaft hier gewählte Aufsicht, bestehend aus dem Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank Dr. Wolff, dem Baumeister Eduard Schmidt und dem Bankier Leipziger, ist heute von dem Kommissar des Stadtgerichts vereidigt worden und dann sofort zur Beratung zusammengetreten. An Interesse der Gläubiger ist zu hoffen, daß diese Herren, welche mit den Stroussberg'schen Geschäften vertraut sind, nunmehr mit aller Energie an ihre Aufgabe herangehen.

** Chemnitz, 24. November. Produkten-Börsenbericht von Hermann Jaström. Wetter: leichter Schneefall. Weizen unverändert, feiner alter weißer über Notiz bezahlt, gelber 210-225 M., weißer 222-237 M. Roggen sehr vernachlässigt, nur bedeutend billiger veräußert, 171-185 M. Gerste ohne Handel, 144-198 M. Hafer sehr matt, 150-162 M. Erbsen, Mähle- und Futterwaare, 150-162 M. Mais per 1000 Kilo.

Weizenmehl Nr. 00 33 M., Nr. 0 31 M., Nr. 1 29 M. Roggenmehl Nr. 0 25.50 M., Nr. 1 24.50 M. per 100 Kilo.

** Wien, 25. Nov. Wochenanweis der gesamten Lombard'schen Eisenbahn vom 12 bis zum 18. November 1511,222 fl., gegen 1,371,581 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenanweis 139,540 fl. Bisherige Mehreinnahme seit 1. Januar d. J. 1,773,467 fl.

** Paris, 25. November. Bankausweis:

B u n a h m e.	
Baardorrath	2,062,000 Frs.
Portef. der Haupt- u. d. Filialen	1,246,000 „
Gesamt-Vorräthe	44,000 „
Laufende Rechn. der Privaten	30,306,000 „
A b n a h m e.	
Notenumlauf	19,575,000 „
Guthaben des Staats-Schatzes	1,790,000 „
Schuld des Staats-Schatzes	— „

** London, 25. November. Bankausweis. Total-Reserve 10,839,117 Pfd. St., Zunahme 263,670 Pfd. St. Notenumlauf 27,358,730 „ Abnahme 391,820 „ Baardorrath 23,197,847 „ Abnahme 128,150 „ Portefeuille 19,104,628 „ Abnahme 192,154 „ Guth. d. Priv. 20,855,153 „ Zunahme 120,635 „ do. d. Staats 3,593,788 „ Zunahme 170,772 „ Notenreserve 10,022,090 „ Zunahme 174,245 „

Regierungs- sicherheiten 12,512,884 „ Zunahme 201,789 „

Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven: 43% pCt.

Clearinghouse-Umsatz 82 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Abnahme 7 Mill.

** Rumänische Eisenbahn. Am nächsten Sonnabend wird in Berlin eine Sitzung des Ausschusses stattfinden, um über die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung Beschluß zu fassen, welche den Zweck hat, die Gesellschaftsangelegenheiten, mit der rumänischen Regierung wegen eines Verkaufs der sämtlichen Bahnen nebst Zubehör in Verhandlung zu treten.

Vermischtes.

* Von einer furchterlichen Majestätsbeleidigung weiß die Berliner „Volks-Ztg.“ zu erzählen. Solchen Verbrechens sollte sich der Chemiker Erdmann aus Alt-Sachsbad dadurch schuldig gemacht haben, daß er Se. Durchlaucht dem souverainen Fürsten Georg Albert von Schwarzburg-Rudolstadt bei einer Spazierfahrt mit seinem Wagen nicht ausgewichen sei. Durchlaucht fuhren nämlich hinter dem Wagen des Chemikers Erdmann, der mit seiner Braut eine Spazierfahrt machte; der durchlauchtigste Wagenlenker knallte mit der Peitsche, Erdmann aber hatte keine Ahnung, daß hinter ihm der Fürst und Herr des Landes, in welchem er sich befand, einherfuhr. Darin nun erblickte der fürstliche Staatsanwalt in Rudolstadt das Verbrechen der Majestätsbeleidigung. Zwei Monate lang sollte Herr Erdmann dafür in der einsamen Gefängniszelle büßen. Der Gerichtshof konnte jedoch nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß Herr Erdmann den Souverain von Rudolstadt habe beleidigen wollen, und sprach den hochverrätherlichen Anklagen frei.

* Die Berliner Börse war gestern (Donnerstag) wieder einmal der Schauplatz einer skandalösen Scene, über die der „V. G.“ Folgendes schreibt: Als das Börsepublikum den Versammlungssaal bereits fast vollständig geräumt hatte und der Garderobenraum von vielen Hunderten gedrängt gefüllt war, entstand

pöblich ein furchtbarer Lärm und man sah einen unbedeutenden Spekulanten Herr H. S., verfolgt von dem Inhaber einer sehr namhaften hiesigen Firma und dessen Dienern, die beide auf den ersten Loschlugen, hinausstürzen. Die Erregung des unheilvollen Publikums war begreiflich genug; sie steigerte sich indes in unerhörtem Maße, als man behauptete, der Chef der betr. Firma sei mit einem Handseil, einem sog. „Tottschläger“ bewaffnet gewesen. Allerdings war der H. S. verwundet und sein Gesicht zeigte Blutspuren. Nun lehrte sich die Erregung doppelt und dreifach gegen den Chef der Firma, als dieser zurückkehrte, und der Skandal erreichte eine geradezu unerhörte Höhe. Schließlich — wir waren dessen nicht mehr Zeuge — soll auch dieser mit blutendem Gesicht aus der Affäre gezogen worden sein. Als endlich die Polizei einschritt — es hatte sich inzwischen auch vor der Börse ein vollständiger Auflauf gebildet — blieb derselben nur die Aufgabe, das in äußerster Aufregung befindliche Publikum auseinanderzubringen. Wie man wissen will, hätte der betreffende Makler den erwähnten Herrn seit geraumer Zeit mit gemeinen Insulten vollständig verfolgt, weil — denselben seine Spekulation durch eine glücklichere des betreffenden Herrn durchkreuzt sah. Immerhin können wir nicht glauben, daß der Herr, einer der geachteten Kaufleute unserer Böse, bei dieser Affäre nach einem vorbedachten Plane handelte. — Wahrscheinlich entsprang diese Unterstellung ebenso wie die Behauptung, er sei mit irgend einem Instrument versehen gewesen, nur einem Gerücht, das die Erregung des Augenblicks hervorgebracht hat.

* Ereignis, 25. November. [Kommerzienrath Ruffer +.] Das „Staatsb.“ bringt folgende Mittheilung: „Einer unserer würdigen und geachteten Mitbürger ist das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles geworden. Herr Kommerzienrath Ruffer wollte sich am 24. v. Nachmittags gegen 3 Uhr, von seinem Rathlager quer über den Hof begeben und mußte dabei unter einem großen Birnbaum wegzugehen, welcher in demselben Augenblicke, wahrcheinlich in Folge des auf ihm liegenden Schnees, umstürzte und Herrn Ruffer zu Boden schlug. Leider waren die zugesagten Versicherungen derart, daß sie trotz sofort angewandter ärztlicher Hilfe nach kurzer Zeit den Tod zur Folge hatten.“

Telegraphische Nachrichten.

Braunschweig, 25. November. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen haben Vormittags das Museum und den Dom besucht, das Festgastdinner in Augenschein genommen und sind nach einem dem Herzog abgestellten Abschiedsbesuche um 4 Uhr nach Berlin zurückgereist. Die Bevölkerung empfing das kronprinzliche Paar überall mit enthusiastischen Begrüßungen, viele Häuser waren mit Flaggen geschmückt.

Paris, 25. November. Gegen diejenigen Journale, welche die von Cassagnac am 23. d. in der Bonapartistenversammlung in Belleville gehaltenen Rede veröffentlicht hatten, soll die gerichtliche Verfolgung eingeleitet werden. — Nach einer Meldung der „Agence Havas“ hat Don Carlos am 23. c. von Durango aus eine Proclamation an die Freiwilligen erlassen und dieselben zur energischen Zurückweisung des von der Nordarmee drohenden Angriffs aufgefordert. — Wie der „Agence Havas“ aus Konstantinopel gemeldet wird, ist Hussein Abul Pascha zum Wali des Vilayet Saloniki ernannt worden.

Versailles, 25. November. Die Artikel 9 bis 11 des Wahlgesetzes wurden in dritter Lesung genehmigt, ein von der Linken gestelltes Amendement, welches die Offiziere der Territorialarmee für nicht wählbar erklärte, wurde mit 383 gegen 295 Stimmen abgelehnt. Der Art. 13, der die Annahme eines imperativen Mandats für null und nichtig erklärte, wurde mit allen gegen 42 Stimmen angenommen. Bei Verathung des Art. 14 vertagte sich die Versammlung auf morgen.

Rom, 24. November. Sitzung der Deputirtenkammer. Bei der Verathung des Budgets für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten drückte der Deputirte Maurizi seine Befriedigung aus über die bevorstehende Erhebung der italienischen Gesandtschaft in Berlin zum Range einer Botschaft und sprach die Erwartung aus, daß im nächsten Jahre auch bei anderen Mächten Botschaften errichtet würden. Der Deputirte Massari sprach in gleichem Sinne über die Erhebung der italienischen Gesandtschaft zur Botschaft und erklärte in derselben eine Befristung der zwischen dem Könige von Italien und dem deutschen Kaiser, sowie zwischen den beiderseitigen Botschaften bestehenden Freundschaft. Der Redner dankte der Stadt Mailand für den Empfang des Kaisers von Oesterreich, dessen Besuch ebenfalls von großer politischer Bedeutung sei. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Visconti Venosta, erklärte darauf, er habe bereits Gelegenheit gehabt, den Gesinnungen der Regierung anlässlich des Besuchs des Kaisers von Oesterreich Ausdruck zu geben und schloß er sich den über die Bedeutung des Besuchs des Kaisers Wilhelm eben ausgesprochenen Ansichten an. Dieser Besuch sei nicht nur ein weiterer Beweis der zwischen den beiden Monarchen und ihren Botschaften bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, sondern gewähre auch die Versicherung eines dauerhaften Friedens. Bezüglich des von dem Deputirten Maurizi fundgegebenen Wunsches erkennt der Minister an, daß die Erhebung der italienischen Gesandtschaft in Berlin zum Range einer Botschaft allerdings nicht vereinzelt bleiben könne, doch müsse eine gleiche Rangeserhebung anderer Gesandtschaften von den Umständen und gegenseitigen Uebereinkommen abhängig gemacht werden.

Wie die „Agenzia Stefani“ erzählt, würden augenblicklich zwischen der österreichischen und italienischen Regierung Verhandlungen gepflogen wegen der Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften zum Range von Botschaften.

Madrid, 24. November. Der Regierung zugegangene offizielle Nachrichten melden, daß der General Quezada die Positionen der Carlisten auf den Bergen von Ecaba genommen habe. Die Carlisten haben drei Forts von Villaba aufgegeben. Die Nachricht von der Einnahme San Christobals und sämtlicher Positionen der Carlisten in der Umgegend von Bampelona durch den General Quezada wird bestätigt.

London, 25. Novbr. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Havanna hat der von der spanischen Regierung mit der Reorganisation der spanischen Finanzen auf Cuba beauftragte Spezialkommissar Kube die Erklärung abgegeben, daß die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben genügen würden und daß man allen laufenden Verpflichtungen nach Ablauf des Jahres nachkommen würde.

Petersburg, 25. November. Nach dem von dem Reichs-Kontrole-Amt über die Ergebnisse der Verwaltung im Jahre 1874 erstatteten Berichte haben die Einnahmen über 19 Millionen Rubel, die Ausgaben 4 Millionen Rubel mehr betragen, als im Budget berechnet war. An Garantieraten für Eisenbahnen wurden 6 Millionen weniger als im Jahre 1873 eingekassiert. Der reine Bilanzüberschuß

trägt 15,600,000 Rubl. An Staatsschulden sind in den 5 Jahren von Anfang 1870 bis Ende 1874 87,800,000 Rubel getilgt worden.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angetommene Fremde

26. November.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittersgutsbesitzer v. Kierski aus Bobutka. Kaufm. Oahn aus Magdeburg. Baumsr. Poradowski aus Barschau. Bäcker Kojinski aus Posen.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufm. Liebenwalde aus Berlin, Cohn aus Bock, G. Kaphan aus Wiloslow, Schott und Frau aus Bönigrowitz. Inp. Darczynski aus Stenckemo. Agent Schlesinger aus Breslau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufm. Blau aus Berlin, Kopynski aus Barschau, Pawelski aus Zerkow. Rentier Rothbarth aus Lübeck. Gutsbesitzer v. Kubiński aus Lissa. Uhrmacher Otto Koch aus Weimern.

EXLIUS HOTEL DE DRESDE. Die Rittersgutsbesitzer von Treßlow aus Radejewo, v. Helldorf aus Storchow, v. Leßen aus Treben, v. Nathusius aus Orlow, v. Tempelhof aus Dombrowa, Bandelow nebst Frau aus Neudorf, Seydner aus Santow, Wit aus Bogdanowo, Wegner aus Rotow, Kennemann aus Kiena, Silberbrandt nebst Frau aus Schwino, Gering aus Blotmit, Direktor Lehmann nebst Frau aus Ritsche, Rentier Gocht aus Schmiegel, Oberinspektor Kiedisch aus Leipzig, Chemiker Bachmann aus Bromberg, die Kaufleute Kohl aus Chemnitz, Reich, Seydewitz und Sperling aus Berlin, Büchsenbach aus Jülich.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Hartmann aus Breslau, Ritsche aus Danzig und Dehorn aus Berlin. Rentier Hamburger aus Dresden. Baumsr. Kuchelowski aus Stettin. Student Gode aus Ostrow. Bau-Unternehmer Schwarzkopf aus Berlin. Papierfabrikant Arnfeld aus Ratibor.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 25. November. Getreide-Börse. Wetter: Schwacher Frost. Schnee. Wind: Nord.

Weizen loco fast ohne Zufuhr wurde zu hohen gestrigen Preisen gekauft, doch konnten nur 116 Tonnen gehandelt werden. Bezahlte sind worden für 101 1/2 Pfd. 192 M., grauflä. 123 1/2 Pfd. 195 M., 126 Pfd. 193 M., 127 1/2 Pfd. 204 M., hellbunt 130 1/2, 132 Pfd. 212 M., hochbunt und glatt 127 1/2 205 M., 128 1/2 Pfd. 206 M., 133, 135 1/2 Pfd. 214, 215 M. per Tonne. Termine theurer, April-Mai 214 M. bezahlt und Dr. Reguierungspreis 198 M.

Roggen loco fest, 125 Pfd. 162 M. per Tonne für 10 Tonnen bezahlt. Termine ohne Angebot April-Mai 154 M. G. — Gerste loco große 109 Pfd. 155 M., per Tonne bezahlt. — Erbsen loco Futter 165 M. per Tonne. — Spiritus loco ist zu 45 M. per 1000 Liter pCt. verkauft. Termine April-Mai 50 M. bez.

Breslau, 25. November. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November-Dezember 43, 30, pr. Debr.-Januar 43 50, pr. April-Mai 47, 00. Weizen pr. November-Dezember 190, 00 Roggen pr. November-Dezember 153, 50, pr. Debr.-Januar 153, 50, pr. April-Mai 158, 00. Hafer pr. November-Dezember 70, 00, pr. Debr.-Januar 69, 75, pr. April-Mai 72, 00. Zink fest. Wetter: Kalt.

Wien, 25. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen ruhiger, hiesiger loco 20, 50, fremder loco 21, 00 pr. November 20, 40 pr. März 21, 65. Roggen unverb., hiesiger loco 16, 00, pr. November 14, 60, pr. März 15, 65. Hafer still, loco 18, 50, pr. November 17, 60, pr. März 17, 25. Rübsen matt, loco 38, 00, pr. März 38, 70. Wetter: Trübe.

Hamburg, 25. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine fest. Roggen loco und auf Termine fest. Hafer loco und auf Termine fest. Spiritus ruh., pr. November 37, pr. Debr.-Januar 37, pr. April-Mai 38, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 pCt. 39. Kaffee ruh., Umzug 2000 C. Petroleum ruh., Standard white loco 11, 90 Br., 11, 80 Br., pr. November-Dezember 11, 80 Br., pr. Januar-März 11, 80 Br. — Wetter: Trübe.

Bremen, 25. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11, 30, pr. Dezember 11, 30, pr. Januar 11, 50, pr. Februar 11, 50. Rübsen.

Antwerpen, 25. November, Nachmittags. 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen unverändert, dänischer 28. Roggen ruhig. Petersburg 18 1/2. Hafer festig. Gerste nachgehend.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 28 1/2 Br., pr. November 28, 1/2 Br., pr. Dezember 28, 1/2 Br., pr. Januar 28 1/2 Br., pr. Februar 28 Br. — Wetter: Trübe.

Paris, 25. November. Nachmittags. (Procentenmarkt). (Schlußbericht). Weizen bez., pr. November 26, 75, pr. Dezember 27, 00, pr. Nov.-Febr. —, pr. Januar-April 27, 75, pr. März-Juni 28, 75. Mehl bez., pr. November 58, 75, pr. Dezember 58, 75, pr. Januar-April 61, 00, pr. März-Juni 62, 75. Rübsen bez., pr. November 107, 00, pr. Dezember 107, 00, pr. Januar-April 100, 75, pr. Mai-August 94, 25. Spiritus weiß, pr. November 44, 00, pr. Mai-August 48, 25. Wetter: Bedeckter Himmel.

Amsterdam, 24. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftl., auf Termine unverb., pr. November —, pr. März 295. Roggen loco unverändert, auf Termine unverb., pr. März 193, pr. Mai 193, pr. Juli 190%. Raps pr. Frühjahr 428 fl. Rübsen loco 4 1/2, pr. Dezember 41, pr. Mai 41 1/2. Wetter: Trübe.

Manchester, 23. November, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/2, 20r Water Richards 10, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11 1/2, 40r Water Mayall 11, 40r Water Whitson 13, 36r Water Quailität Rowland 12 1/2, 40r Double Whiston 12 1/2, 60r Double Whiston 16, 30r Water 11 1/2, 11 1/2, 11 1/2. 8 1/2 Pfd. 117. Mähle's Geschäft, Preise fest.

St. Petersburg, 25. November. Kopeken. Silber-Münzen warrants 61 S 9 d.

Liverpool, 23. November. Getreidemarkt. Weizen 1 d., Mehl fest, Mais 6 d. höher. Wetter: Schön.

Liverpool, 25. Novbr., Vormittags. Baumwoll-Anfangsbericht. Mathematischer Umsatz 10,000 Ballen unverändert.

Liverpool, 24. Novbr., Nachmittags. Baumwoll-Bericht. Mathematischer Umsatz 10,000 B., davon für Speculation und Export 2000 B. Rabia Tagesimport 9000 B., davon 8000 B. amerikanische, — B. ägyptische. Anläufe williger.

Middling Orleans 7 1/2, middling amerikan 6 1/2, fair Dhollera 4 1/2, middl. fair Dhollera 4 1/2, good middling Dhollera 4 1/2, middl. Dhollera 4 fair Bengal 4 1/2, fair Broach 5 1/2, new fair Dacca 4 1/2, good fair Dacca 4 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 7 1/2. Island nicht unter low middling Januar-Februar-Verschiffung pr. Segler 6 1/2 d.

London, 24. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 26400, Gerste 7680. Hafer 40600 Dts.

Weizen fest angelommene Ladungen stetig, Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft zu unveränderten Preisen. — Wetter: Frost.

London, 15. Nov., Vormitt. Die Getreidezufuhren vom 6. Novbr. bis 12. Novbr. betrugen: Englischer Weizen 5815, fremder 75762, englische Gerste 1954, fremde 12265, englische Malzgerste 13554, fremde 93, englischer Hafer 2722, fremder 42665 Dts.

Druck und Verlag von E. J. Dedering, Comp. (2. Abtheil.) in Posen.